

Ein Großteil fließt zurück

Finanzierung der Werkstätten für Menschen mit Behinderungen

In Deutschland unterstützen 700 anerkannte Werkstätten laut Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) ca. 268.000 Werkstattbeschäftigte. Diese Zahl stammt aus dem Jahr 2006. Die Werkstätten erbringen eine Integrationsleistung, die komplex und auf Integration ausgelegt ist und somit weit über eine reine „Beschäftigung“ hinausreicht.

Werkstätten müssen sich in der sozialpolitischen Diskussion häufig mit dem Argument auseinandersetzen, daß die von ihnen erbrachten Rehabilitations- bzw. Integrationsleistungen für die Kostenträger verhältnismäßig teuer seien. Dabei wird auf alternative institutionelle Formen Bezug genommen, die angeblich mit einem deutlich geringeren Bedarf an öffentlicher Finanzierung auskommen würden.

In diesem Zusammenhang werden häufig die öffentlichen Mittel angeführt, die unmittelbar für einen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz in einer Werkstatt aufgebracht werden müssen. Dies sind insbesondere die sogenannten Pflegesätze, die die Kostenträger den Werkstätten erstatten, Arbeitsförderungsgeld und andere finanzielle Leistungen.

Die mit der Beschäftigung in Werkstätten verbundenen qualitativen Aspekte, wie beispielsweise Qualifizierungsmaßnahmen, soziale Integration, fachliche und arbeitspädagogische Betreuung durch soziale Dienste und viele andere mehr, werden bei einer Reduzierung auf einen reinen Finanzierungsvorgang nicht berücksichtigt. Im Gegensatz zu den sogenannten „harten Fakten“, die Transferzahlungen darstellen, sind die vielfältigen positiven Effekte einer wirkungsvollen Integration nur schwer zu quantifizieren und zu messen.

Folgt man indes der Argumentationskette, ausschließlich die Transferzahlungen an Werkstätten als Indikator für ihre Leistungsfähigkeit zu betrachten, dann muß man festhalten, daß diese Betrachtung zu kurz greift. Sie ist ausschließlich „inputorientiert“, berücksichtigt also nur die an Werkstätten adressierten Finanzströme aus öffentlichen Kassen. Werkstätten erhalten aber nicht nur Zahlungen aus öffentlichen Kassen; sie zahlen auch in erheblichem Umfang in öffentliche Kassen ein. Mit anderen Worten: Diese Zahlungen würden nicht erfolgen, wenn es die Werkstätten nicht gäbe.

Da die öffentlichen Kassen, in die eingezahlt wird, aber nicht mit jenen übereinstimmen, die unmittelbar und kontinuierlich die Arbeitsplätze in Werkstätten finanzieren, entsteht an dieser Stelle ein Informations- und Kommunikationsdefizit gegenüber allen Beteiligten: gegenüber den finanzierenden öffentlichen Händen, der Politik insgesamt und den empfangenden öffentlichen Händen.

Um ein zutreffendes Bild des tatsächlichen „öffentlichen“ Finanzierungsumfangs zu erhalten, muß man den Umfang der Nettofinanzierung betrachten. Von den gesamten Zahlungen aus öffentlichen Kassen in die Werkstätten werden also die Zahlungen abgezogen, die Werkstätten in öffentliche Kassen leisten.

Die BAG:WfbM hat eine Untersuchung zu der oben angedeuteten Nettofinanzierung von Werkstätten angeregt. Damit soll eine gesicherte Argumentationsgrundlage geschaffen werden, die ein zutreffendes Bild der von Werkstätten in Anspruch genommenen öffentlichen Finanzierung wiedergibt.

Methodik

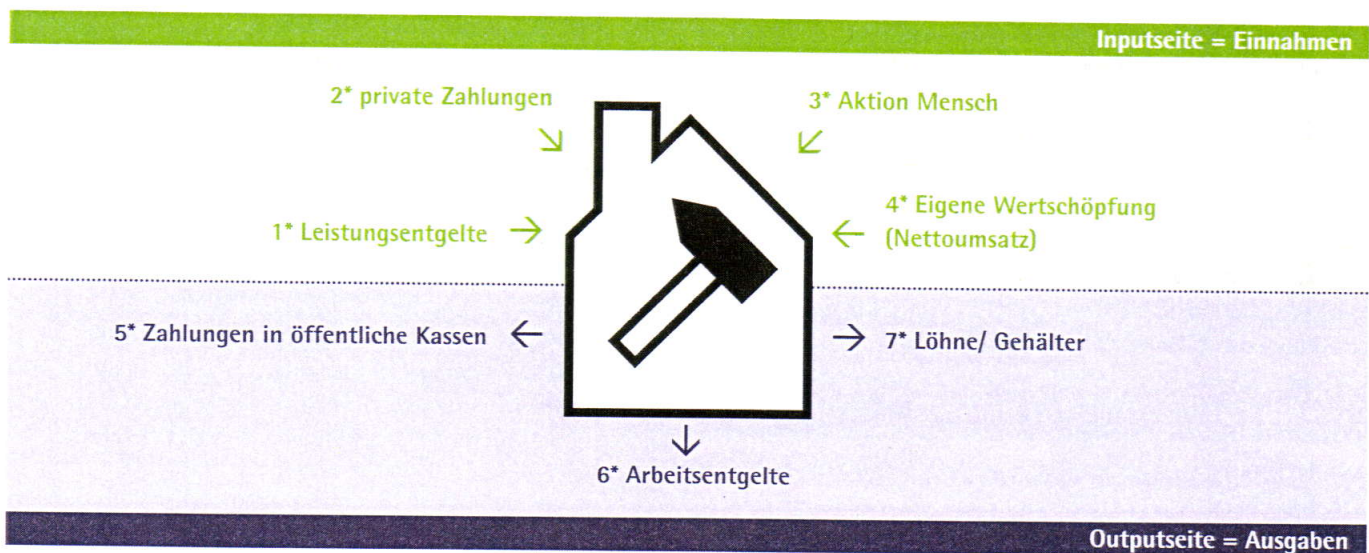
Der Erhebungsbogen wurde den insgesamt 651 Mitgliedeinrichtungen der BAG:WfbM übermittelt, die diesen per Fax, per E-Mail oder auch per Post zurückschicken konnten. Insgesamt beteiligten sich 254 Werkstätten an der Untersuchung, also gut 38 Prozent. In Anbetracht des erheblichen Informationsbedarfs und dem für die Ermittlung benötigten Zeitaufwand ist dieses Ergebnis sehr zufriedenstellend.

Die Struktur des Erhebungsbogens zeigt die folgende Abbildung auf der nächsten Seite.

Um Hinweise auf mögliche Veränderungen im Zeitablauf zu erhalten, wurden die Daten für die Jahre 2002, 2004 und 2006 erhoben und miteinander verglichen. Da sich die Anzahl der Werkstätten im betrachteten Zeitablauf ändert, ist zunächst kein Vergleichbarkeit gegeben. Aus diesem Grund wurde eine Relativierung über die Anzahl der Werkstätten einerseits und über die Anzahl der Werkstattbeschäftigten andererseits vorgenommen.

Mittelzuflüsse an Werkstätten

Auf der Inputseite wurden neben den Mittelzuflüssen aus ö



Struktur der Zahlungsströme

fentlichen Kassen auch die Mittelzuflüsse von privater Seite und von Aktion Mensch erhoben. Weiterhin wurde die Wertschöpfung der Werkstätten (= tatsächliche Leistungserstellung der Werkstätten) als Maß für die selbst erwirtschaftete Finanzierung ermittelt.

Die Summe der Mittelzuflüsse pro Werkstatt ist im Zeitablauf von durchschnittlich 6.780.946 Euro im Jahr 2002 auf 7.946.067 Euro im Jahr 2006, also um ungefähr 17 Prozent, gestiegen. Pro Werkstattbeschäftigten stieg die Summe der Mittelzuflüsse von 16.774 Euro im Jahr 2002 auf 17.455 Euro im Jahr 2006, also um ca. 4 Prozent. Bei den finanziellen Zuflüssen von privater Seite läßt sich von 2002 bis 2006 ein deutlicher Rückgang erkennen. Dieser beläuft sich pro Werkstatt auf ungefähr 30 Prozent und pro Beschäftigten auf ca. 24 Prozent. Die Zuflüsse von Aktion Mensch sind dagegen pro Werkstatt um rund 54 Prozent und pro Beschäftigten um rund 66 Prozent gestiegen. Bei der Wertschöpfung der Werkstätten im Vergleich zwischen den Jahren 2002 und 2006 ist ein Anstieg von rund 27 Prozent pro Werkstatt und

von rund 37 Prozent pro Beschäftigten zu erkennen.

Zusammenfassend läßt sich festhalten: Sowohl die Summe der Mittelzuflüsse als auch die Wertschöpfung der Werkstätten selbst sind im betrachteten Zeitraum gestiegen. Auch bei den Zuflüssen von Aktion Mensch ist ein Anstieg zu erkennen. Die Zuflüsse von privater Seite haben im Betrachtungszeitraum deutlich abgenommen.

Mittelabflüsse von Werkstätten

Auf der Outputseite wurden neben den Zahlungen an öffentliche Kassen, die Arbeitsentgelte für die Beschäftigten sowie die Löhne und Gehälter für das Personal erhoben.

Die Summe der Mittelabflüsse an die öffentlichen Kassen ist pro Werkstatt von 2.946.993 Euro im Jahr 2002 auf 3.505.108 Euro, also um rund 19 Prozent, gestiegen. Pro Werkstattbeschäftigten stieg sie von 6.019 Euro im Jahr 2002 auf 7.700 Euro im Jahr 2006, also ein Plus von ungefähr 28 Prozent. Sowohl die Arbeitsentgelte für die Beschäftigten als auch die Löhne und